

Ressort: Politik

Scholz gegen Schäubles Soli-Modell

Berlin, 14.03.2015, 15:46 Uhr

GDN - Die Idee von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), den Solidaritätszuschlag von 2020 an bis zum Jahr 2030 schrittweise abzuschmelzen, wird vom Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) abgelehnt. Das berichtet die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" unter Berufung auf Regierungskreise in Hamburg und Berlin.

Scholz, der für die SPD mit Schäuble über die Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern verhandelt, geht demnach davon aus, dass Schäubles Modell vor dem Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft würde, wenn in Karlsruhe gegen eine Weiterführung des Soli über das Jahr 2019 hinaus geklagt wird. Schäuble hingegen glaube, dass das Bundesverfassungsgericht es würdigen werde, wenn ein Ende des Soli im Jahr 2030 festgelegt ist. Nach Ansicht des Bundesfinanzministers werde Karlsruhe berücksichtigen, dass die Bundesregierung fiskalischen Zwängen unterliegt, die eine umgehende Abschaffung des Soli unmöglich machten, berichtet die F.A.S.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-51354/scholz-gegen-schaeubles-soli-modell.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619